

Pressemitteilung

Internationaler Umweltgerichtshof

Britische Juristen, Umweltschützer und Politiker bilden Koalition zur Gründung eines Internationalen Umweltgerichtshofs. Als Standort ist Hamburg im Gespräch.

London/Hamburg, Mai 2009 – Eine Gruppe britischer Juristen und Politiker beabsichtigt, einen Internationalen Umweltgerichtshof zu schaffen. Er soll analog zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag entstehen – inklusive internationalem Vertrag und Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Umweltsünder müssen zur Rechenschaft gezogen werden können, so die Meinung der Gruppe, die sich Coalition for the International Court for the Environment (ICE) nennt. Britische Parlamentarier beider politischer Lager haben Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft gezeigt.

Um den Gerichtshof ins Leben zu rufen, beraten britische Juristen aktuell das strategische Vorgehen. Unter den Initiatoren befinden sich namhafte Anwälte und ehemalige Richter. Der Internationale Umweltgerichtshof soll gegen Umweltsünder ermitteln und eine staatenunabhängige Verfolgung und Verurteilung gewährleisten. Derzeit führen die Initiatoren Gespräche mit Politikern, Hilfsorganisationen und Umweltschützern, etwa mit Lord Stern of Brentford und Lord Giddens. Ziel ist es, weitere Unterstützer zu gewinnen.

„Wir suchen Kontakt und nehmen Gespräche auf, weil wir der Meinung sind, dass die derzeitigen juristischen Mittel nicht ausreichen. Ökologische Probleme sind globale Probleme“, sagt Stephen Hockman, Rechtsanwalt und Vorsitzender (Chairman) der Environmental Law Foundation. Hockman hat die Idee gemeinsam mit dem englischen Unterhaus-Abgeordneten Peter Luff entwickelt. Ob eine Umsetzung vorangeht, sei abhängig von der Zusammenarbeit der Staatengemeinschaften und der zügigen Ratifizierung durch die Parlamente der Länder.

Die Initiatoren schlagen als Standort für den ICE keinesfalls London vor, sondern eine andere europäische Metropole: Hamburg gilt als aussichtsreicher Kandidat. Die Hansestadt wird 2011 ohnehin Umwelthauptstadt Europas (European Green Capital). Die Koalition zur Schaffung des ICE plant für die nahe Zukunft Gespräche mit Entscheidungsträgern in Hamburg.

Am 26. Mai 2009 tagte die Gruppe in London. Ort der öffentlichen Sitzung waren die Büroräume des Internationalen Rechtsanwalts Herbert Smith, Exchange House, Primrose Street nahe Liverpool Street Station, Broadgate London EC2. Interessierte aus Wissenschaft und Politik, Umweltschutzvereine und -verbände sowie andere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) waren willkommen.

Die Koalition sucht darüber hinaus Kontakt zu Politikern, Regierungen, Hilfsorganisationen, Umweltschützern und Wissenschaftlern aus aller Welt, die den Aufbau und die Etablierung des Internationalen Umweltgerichtshofs unterstützen, die Idee verbreiten und zur Finanzierung beitragen.

Bildmaterial und weitere Informationen stellen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Pressekontakt für Deutschland:

Kirsten Blasius-Schönenberger, Hamburg
E-Mail: kirsten@blasius-schoenenberger.de
Tel.: +49 40 18 08 77 26